SPD im Kreis Offenbach, Dienstag, 7. Dezember 2010

SPD-Fraktionschef Werner Müller: Starke Stadtwerke sind wichtige Partner und Ratgeber

Pressemitteilung der SPD-Fraktion im Kreistag

Kreis Offenbach/Dietzenbach - Die örtlichen Stadtwerke fühlen sich bei der Verabschiedung der Energiegesetze des Bundes benachteiligt. In einem Gespräch mit der SPD-Kreistagsfraktion kritisierte der Geschäftsführer der Stadtwerke Langen Manfred Pusdrowski die verantwortlichen Politiker in Berlin, sie seien eher geneigt , die „großen Spieler“ der Energieunternehmen anzuhören als die kleinen, aber wichtigen „Dorfstadtwerke“.

„Wenn die kommunalen Stadtwerke sich hätten einbringen können, wäre manches zum Vorteil des Verbrauchers anders geworden“, betonte der Langener Stadtwerke-Chef. Er machte darauf aufmerksam, dass es enge Verflechtungen von finanziellen Interessen der vier Energie-Groß-Unternehmen und der Politik – zum Beispiel bei der Erstellung von Gutachten – gebe.

Im Einzelnen bemängelte Pusdrowski, dass mit dem neuen Berliner Energiekonzept die Rolle des Erdgases komplett außen vor gelassen worden sei, obwohl die Zukunft dieser Energieart erheblich an Bedeutung gewinne. Das gelte auch für die Fernwärme, die ebenso unberücksichtigt geblieben sei.
Nach Meinung von Pusdrowski wird der Anteil der regenativen Energien steigen. Deutschland müsse diesen Weg auch weiter gehen.

Die Photovoltaik-Anlagen nahm er aber ausdrücklich aus. „Diese Energiegewinnungsart ist volkswirtschaftlich ein Unsinn. Man wolle einfach nicht hören, dass diese viele Milliarden Euro verschlingt ohne jeden Erkenntnisgewinn für die konventionelle Technik.“

Als schlimmer Tatbestand komme noch hinzu, dass der Verbraucher diesen „energiewirtschaftlichen Flop“ auch noch künftig über einen höheren Strompreis bezahlen müsse. Als eine Alternative schlug der Langener Stadtwerke - Chef vor, eher das Geld in die Geothermie zu stecken. Hier könnten nachhaltige Effekte erzielt werden. Abschließend konstatierte Pusdrowski , dass das Energiekonzept allerdings auch viel Richtiges enthalte. Nur fehle das Geld dazu und vieles sei sehr unverbindlich formuliert. Seiner Meinung nach könne auf fossile Kraftwerke nicht verzichtet werden, zumal die Kohle als Energieträger noch über 200 Jahre abbaubar sei.

„Auch wenn wir nicht in jeder energiepolitischen Bewertung einer Meinung sind - so lehnen wir z.B. den Bau eines neuen Kohleblocks am Kraftwerk Staudinger ab – ist uns die Kompetenz und Verbrauchernähe unserer kommunalen Stadtwerke im Kreisgebiet wichtig,“ betont Werner Müller, der Fraktionsvorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion. Er regt auch an zu prüfen, ob für eine neue Energiepolitik eine stärkere Zusammenarbeit der Stadtwerke im Kreisgebiet sinnvoll sein kann.

Die Rekommunalisierung der Energiepolitik könnte ein wichtiges Element gegen die Kartellmacht der vier großen Energieversorger darstellen.